

Haltung, sogar wenn es sich um Zuwanderer aus EU-Ländern handelt, ganz zu schweigen von außereuropäischen Migranten. Diese Angst und die Befürchtungen – die zu einem beträchtlichen Maße irrational sind, denn wir haben hier ja gar keine Migranten –, werden durch populistische Politiker noch genährt und geschürt. Dies lässt für die Zukunft eine nächste große Falle entstehen.

Der Ausweg ist selbstverständlich der Wandel. Ein auf der Realpolitik beruhender Wandel. Gegen den Populismus muss man ständig ankämpfen und Vieles erklären, man muss eine aktive Zuwanderungspolitik betreiben. Erforderlich ist ein rationaler Zugang. Die damit verbundenen Risiken darf man nicht verbergen. Man muss Maßnahmen zur Minimierung dieser Risiken ergreifen. Das hängt im weiteren Wortsinne mit dem Schengen-Problem zusammen, mit der gemeinsamen Asylpolitik der EU. Für die doppelte Falle, die bereits existiert, gibt es nur eine Lösung: Reformen. Reformen sind aber heute ein technisches, weniger ein politisches Problem. Um Reformen durchzusetzen, ist eine politische Führung unerlässlich, die nicht dem Populismus verfällt und die reale Lösungen anbietet. Das wird nicht leicht sein, aber ich glaube, dass es gelingen kann; insbesondere die französischen und die deutschen Wahlergebnisse erfüllen mich in dieser Hinsicht mit Optimismus. Und ich glaube, dass es auch in den anderen Ländern Mitteleuropas dazu kommen wird, dass die Gefahren, wie es die Gefährdung der Freiheit oder das Anwachsen der illiberalen Demokratien sind, nur vorübergehende Erscheinungen bleiben und dass es in Zukunft zu einem Wandel kommt.

## Hans Penz

ÖSTERREICH

### *Europa wächst von unten nach oben* – 2015

Mit Klosterneuburg hat der Sächsische Landtag einen besonderen Ort für sein diesjähriges Forum Mitteleuropa gewählt. Der Ort und das Stift Klosterneuburg verdanken ihre Existenz dem heiligen Leopold. Der Babenberger war von 1095 bis 1136 Markgraf der bairischen Marcha orientalis, auch als Ostarrîchi bekannt. Er gilt als Begründer der österreichischen Stammlande. Seine 18 Kinder – zumindest sind das die, von denen wir Kenntnis haben – wurden unter anderem verheiratet mit Häusern und Geschlechtern in Polen, Schlesien, Ungarn, Bayern, Pfalz und Böhmen. Fast könnte man meinen, wenn man auf die Einladung der heutigen Konferenz schaut, der heilige Leopold habe die Umrisse Mitteleuropas vorhergesehen. In fast alle Länder, die wir auf der Einladung sehen, wurden seine Kinder verheiratet. Es wurden damit Bande geknüpft, es wurde der Austausch gepflegt, Politik, ja, auch Machtpolitik, wurde so betrieben. Der bloße Blick auf die Einladung schematisiert das, was gemeinhin unter Mitteleuropa

verstanden oder gesehen wird (Deutschland, Österreich, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn). Gleichzeitig wirft dies die nicht ganz unerhebliche Frage auf: Was ist denn Mitteleuropa überhaupt? Was verstehen wir unter diesem Begriff? Wie wird er definiert? Und dann ist da die Frage: Was hält dieses, was hält unser Mitteleuropa in den aktuellen Spannungsfeldern zusammen? Ein unfassbar weites Feld tut sich hier auf.

Schon bei der Definition von Mitteleuropa, egal über welchen Zugang man sich der Thematik nähert – ob historisch, geografisch, kulturell, religiös oder politisch – gibt es keine letztgültige Variante. Wikipedia kennt diese Problematik, nimmt aber in den Mitteleuropabegriff die Schweiz und Slowenien mit hinein, was wohl die (nieder)österreichische Lesart des Begriffs Mitteleuropa nicht ganz verfehlen dürfte. Bei fast allen Staaten gibt es im angrenzenden Bereich Spielräume über die Zugehörigkeit zum mitteleuropäischen Raum. Geografisch scheint Mitteleuropa ungefähr zwischen Rhein und Bug (an der Grenze zu Weißrussland) und zwischen den beiden Meeren im Norden und dem Balkan im Süden angesiedelt. Zivilisatorisch-kulturell dagegen kann Mitteleuropa wohl dort festgemacht werden, wo „Renaissance, Reformation und Aufklärung markante Spuren hinterlassen haben“, wie dies der polnische Publizist und Deutschlandkenner Adam Krzemiński einst formulierte; Spuren die letztlich zum Aufbau von wissenschaftlicher Kompetenz, technologischer Leistungsfähigkeit und einer modernen Staatsorganisation geführt haben. Es ist wahr, dass dieses Mitteleuropa verwischte Konturen und eine unklare Substanz hat. Trotzdem existiert es. Trotz der markanten Trennlinien, die wir auch 25 Jahre nach dem Fall des Eisernen Vorhangs gelegentlich spüren, weil man nicht über Nacht ideologische Systeme überwinden kann, die Jahrzehnte den ganzen Kontinent getrennt haben.

Aber die Geschichte Mitteleuropas beginnt nicht mit dem Eisernen Vorhang. Die Geschichte Mitteleuropas liest sich neben den kulturellen, wissenschaftlichen, politischen und religiösen Versatzstücken auch wie ein Katalog der europäischen Tragödien. Viele davon waren sehr schmerzhaft. Obwohl in den Tragödien und Katastrophen viel Trennendes steckt, verbindet uns gerade das gemeinsame Wissen um die Genesis dieser Tragödien, das gemeinsame Wissen um die histori-

schen Fehler und der daraus resultierende gemeinsame Wunsch nach Frieden und Freiheit. Wahrscheinlich ist dieser Wunsch nach Frieden und Freiheit die stärkste aller Klammern im mitteleuropäischen Gefüge, denn Mitteleuropa ist bei allen Gemeinsamkeiten auch sehr unterschiedlich. Das wird gerade in diesen Tagen deutlich. Gemeinsam ist den Ländern Mitteleuropas der Ruf nach Solidarität – jeder auf seine Weise, jeder in seiner spezifischen Interessenlage. Die östlichen Nachbarn, besorgt ob des Krieges in der Ukraine und der Moskauer Muskelspiele, rufen zu Recht nach Solidarität zu Gunsten ihrer äußeren Sicherheit. Die westlichen und südlichen Länder Mitteleuropas sehen sich einer fast beispiellosen Flüchtlingswelle gegenüber und verlangen ebenso zu Recht nach mehr mitteleuropäischer und europäischer Solidarität bei der Bewältigung der Flüchtlingsströme.

Man ist versucht zu sagen, die im Gange befindliche Völkerwanderung spaltet Europa und Mitteleuropa in einem Maße, das bei Lichte betrachtet ein existenzielles Risiko für die Entwicklung des Kontinents und für die europäische Integration darstellt. Es werden Trennlinien sichtbar. So hat der FAZ-Redakteur Thomas Gutschker plausibel analysiert, dass die ehemals kommunistischen Länder Mittel- und Osteuropas über verhältnismäßig homogene ethnische Bevölkerungsstrukturen verfügen, im Gegensatz zu den westmitteleuropäischen Ländern, die sich in den letzten 70 Jahren ethnisch doch inhomogener entwickelt haben. Auf Deutsch könnte man sagen, die einen sind bunter geworden, vielleicht auch einen Tick toleranter. Für die anderen, für die noch jungen Nationalstaaten, sei genau das, so Gutschker, eine besondere Herausforderung. Dort leben kaum Menschen aus anderen Kulturkreisen, erst recht nicht Muslime, Moscheen sind eine Seltenheit. Besonders ausgeprägt sind indes das Nationalbewusstsein, das Bedürfnis nach Abgrenzung und das Gefühl, lange zu kurz gekommen zu sein. Die Fremdenfeindlichkeit auch in Ostdeutschland dürfte ähnliche Gründe haben. Darauf sollte man hierzulande nicht verächtlich herabschauen. Toleranz lässt sich lernen. Mitgefühl ist aber keine geographische Eigenschaft. Es geht um europäische Werte. Der ausgestreckte Zeigefinger in Richtung Osten wird die Probleme nicht lösen. Im Gegenteil, überwundene Probleme und Vorbehalte treten dann wieder stärker zutage. In dem ausgestreckten

Zeigefinger steckt nämlich die Gefahr der Überheblichkeit. Überheblichkeit, vor allem eine moralisch motivierte, vermag nie zu überzeugen. Daher – bezogen auf die Flüchtlingsproblematik – wird es wichtig sein, das Gespräch, das Argument mit den europäischen Partnern zu suchen. Nur so kann Überzeugungskraft Platz greifen.

Aber wir wollen nicht naiv sein, und als gelernter Österreicher darf ich sagen, es wird auch Geld gebraucht, Geld in Form von Zuwendungen aus den europäischen Töpfen. Auf der Suche nach europäischen Lösungen dürfen wir die Nachbarn nicht alleine lassen. Denn das europäische Haus, das wir in 70 Jahren als Friedensprojekt in vielen kleinen Schritten erbaut haben, ist weit davon entfernt, fertig zu sein. Es ist nach wie vor eine Baustelle, aber es ist das einzige Haus, das wir haben, und es ist zu wertvoll, als dass wir den Weiterbau scheitern lassen könnten. Wir dürfen aber auch in die andere Richtung nicht naiv sein: Es stimmt, das Recht auf politisches Asyl, der Schutz vor Verfolgung und Tod, kann keine Obergrenze kennen. Gleichzeitig gibt es faktische Belastungsgrenzen, ab denen ein weiterer Zustrom nicht mehr vertretbar ist. Schließlich haben auch potenzielle Flüchtlinge nichts von einer Destabilisierung Europas. Und die Bevölkerungen unserer Länder erwarten von der Politik zu Recht, dass diese Grenzen nicht nur benannt, sondern vollzogen werden.

Zurück in die Zukunft: Die Länder und Regionen Mitteleuropas beginnen, sich zusehends zu emanzipieren. Wir versuchen gemeinsam, Großregionen zu bilden, etwa Niederösterreich mit den slowakischen und ungarischen Nachbarn. Auf der Makroebene werden Initiativen wie die Donaunraumstrategie vorangetrieben. Wieso gehen wir diese Schritte in Richtung Großregionen? Ganz einfach, weil der Wettbewerb in 20, 30 oder 40 Jahren nicht ein Wettbewerb zwischen Staaten oder zwischen Nationen sein wird, die es dann zweifellos immer noch geben wird. Vielmehr wird es ein Wettbewerb der Regionen sein. Und kleine Länder, die sich nicht interregional vernetzen, sich nicht vergrößern durch Handschlag, die werden in diesem Wettbewerb unterliegen. Es gibt, so hat die Europäische Kommission ausgerechnet, 275 Regionen in der Europäischen Union. Man kann also davon ausgehen, dass es in 30 oder 40 Jahren nur noch 60 bis 70 Regionen in Europa geben wird, die miteinander den Wettbewerb

betreiben, aber freundschaftlich. Und ich sage ganz offen, ich hätte gern, dass Niederösterreich dabei ist. Ich hätte gern, dass Sachsen mit dabei ist und unsere Nachbarn vielleicht in der Makroregion Mitteleuropa oder vernetzt im Donaunraum mit dabei sind. In der Tat setzt das Europa der Nationen das Europa der Regionen voraus, es bedingt es regelrecht.

Unsere regionalen Parlamente, unsere Landtage, arbeiten ebenfalls in diese Richtung. Daher haben wir gemeinsam mit unseren deutschen Kollegen auf Ebene der Präsidenten der deutschen und österreichischen Landtage eine Initiative gestartet, mit der Europäischen Kommission in den Dialog zu treten. Hier stehen grundlegende Fragen im Mittelpunkt: Wie wollen wir künftig gemeinsam mit dem Subsidiaritätsprinzip umgehen? Wie können wir die bestehenden Instrumente der Subsidiaritätsprüfung im Vertrag von Lissabon weiterentwickeln? Europa wächst schließlich nicht von oben nach unten. Europa wächst von unten nach oben. Jeder Landwirt weiß, ein Getreidehalm wächst nicht von oben, er sprießt aus dem Boden. Wer Europa sagt, der muss also versuchen, Europa durch die Regionen zu verstehen. Deshalb ist die Frage der Finanzierung der Regionen außerordentlich wichtig und die Regionalpolitik für Europa von erheblicher Bedeutung. Und deshalb kommt es auch bei der zukünftigen Festlegung mittelfristiger Finanzperspektiven der Europäischen Union sehr darauf an, dass man die Förderkulisse nicht aus einem übertriebenen Sparwillen heraus zerstört.

Man muss ferner dem Eindruck entgegentreten, als befände sich die Europäische Union auf dem Wege konsequenter zielorientierter Verstaatlichung. Die Europäische Union wird nie ein Staat werden, weil wir gern Österreicher und Niederösterreicher, Deutsche und Sachsen sind. Das geht den Polen, den Ungarn, den Tschechen und den Slowaken nicht anders. Jeder braucht den direkten Bezug zu seinem Land. Ich bin nicht dagegen, dass aus der Europäischen Union ein weltweit anerkannter starker „player“ wird, aber ich bin sehr dagegen, dass aus der Europäischen Union ein Superstaat mit den einhergehenden Bürokratiemonstern und mit den Kompetenzzerrungen wird. Das Regionale ruft uns tagtäglich in unserem Umgang dazu auf, dass wir das Prinzip der Solidarität und das der Subsidiarität

hochhalten. Außerdem helfen uns die Regionen, uns gegenseitig besser kennenzulernen. Wenn wir ehrlich sind, dann kennen wir uns in Europa und Mitteleuropa nicht sehr gut. Wir legen oft einheitliche Regeln für einen Gesamtkontinent fest, ohne genau zu wissen, wie sich diese Regeln mit der Mentalität von Menschen in anderen Teilen Europas in Verbindung bringen lassen. Was wissen die Schweden aus dem hohen Norden über die Lebensverhältnisse in Südsizilien und umgekehrt? Und in Wahrheit findet man dieses Unwissen schon im mitteleuropäischen Raum. Was wissen denn Niederösterreicher wirklich von den Umständen und Befindlichkeiten in Ostpolen? Ich sage das bewusst provokant, weil wir als Niederösterreichischer Landtag eine Partnerschaft mit der Woiwodschaft Podlaskie pflegen. Trotzdem bilden wir uns sehr oft ein, wir könnten unsere Regelwerke in derselben Form zu anderen bringen.

Wenn wir über Mitteleuropa reden, dann müssen wir weniger über Regelwerke reden, dann sind Werte wichtig. Über Werte redet ja niemand mehr, vielmehr wird so getan, als ob das ein obszöner Ausdruck wäre: Werte. Aber Europa hat etwas mit Werten zu tun. Mitteleuropa hat etwas mit Werten zu tun. Es hat zu tun mit einem bestimmten Menschenbild, mit einem christlich geprägten Menschenbild. Und dieses Menschenbild müssen wir tagtäglich kultivieren. Nicht um alle zu überrennen mit unseren Wertvorstellungen, sondern damit unsere Wertvorstellungen zukünftig im Gespräch bleiben, damit wir in der Krise human und werteorientiert agieren, damit Zuwanderer unser Menschenbild respektieren, ja sogar teilen können. So lange jeden Tag tausende Menschen aus dem Nahen Osten vor marodierenden islamistischen Mörderbanden fliehen müssen, so lange ist Europa mit seiner Aufgabe noch nicht am Ende angelangt. Umso mehr, als die Europäer ein im Verschwinden begriffener Teil der Weltbevölkerung sind. Am Anfang des 20. Jahrhunderts hat es 20 Prozent Europäer gegeben, auf die Weltbevölkerung gemessen. Am Anfang dieses Jahrhunderts waren es noch elf Prozent. Im Jahr 2050 wird es noch sieben Prozent Europäer geben, und am Ende des 21. Jahrhunderts werden noch vier Prozent der Menschen Europäer sein.

Ich meine daher, Europa darf nicht als Problem wahrgenommen werden. Mehr Europa ist die Lösung, aber auf der richtigen Ebene –

mit dem Gedanken der Subsidiarität gedacht. Das zeigt sich in den jüngsten Krisen, die Europa zu meistern hat: in der Schuldenkrise wie in der Flüchtlingskrise. Eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik ist ebenso dringend notwendig wie eine gemeinsame Fiskalpolitik, wiewohl ich mir dessen bewusst bin, dass wir davon mehr als ein Stück weit entfernt sind. Die Dramatik der Ereignisse an der europäischen Peripherie führt uns die Notwendigkeit dieses besseren Europas deutlicher vor Augen als je zuvor. Wir brauchen vor allem ein Mehr an Europa, auch in Mitteleuropa. Weil mehr Nationalstaat, bei aller Heimatliebe, in diesem Sinne ausgedient hat. Weil der Nationalstaat, wenn er allein auf sich gestellt ist, nicht mehr die großen Probleme lösen kann. Vielleicht sollten wir, wie einst der heilige Leopold, mehr auf die Nachbarländer blicken, zwar nicht zum Zweck der Zwangsheirat, aber mit dem aufrichtigen Wunsch nach Kooperation, Austausch und Verständnis auf Augenhöhe.